



Rat der
Europäischen Union

Luxemburg, den 20. Oktober 2014

14455/14

COMEM 184
PESC 1071
YEMEN 2

BERATUNGSERGEBNISSE

des Rates
vom 20. Oktober 2014

Nr. Vordok.: 14239/14 COMEM 181 PESC 1052 YEMEN 1

Betr.: Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen in der vom Rat am 20. Oktober 2014 angenommenen Fassung.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZU JEMEN**Tagung des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) am 20. Oktober 2014**

1. Die EU begrüßt die Ernennung von Herrn Khaled Bahah zum neuen Ministerpräsidenten Jemens und nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass diese Ernennung vom Beraterkreis des Präsidenten einstimmig befürwortet wurde. Die EU ruft nachdrücklich zur raschen Bildung einer neuen, alle Seiten einbeziehenden Regierung auf und appelliert an alle politischen Akteure, konstruktiv mitzuwirken und Präsident Hadi in seinen Bemühungen zu unterstützen.
2. Die EU bekräftigt ihre Zusage, Jemen weiterhin bei seinem Übergangsprozess zu unterstützen, und fordert alle regionalen Akteure auf, einen positiven Beitrag zu diesem Prozess zu leisten. Die EU begrüßt, dass am 21. September das Abkommen für Frieden und nationale Partnerschaft und dessen Anhang zu Sicherheitsfragen unterzeichnet und damit ein Weg aus der aktuellen Krise bereitet wurde. Die staatlichen Institutionen, politischen Parteien und sozialen Gruppen müssen zusammenarbeiten, um im Einklang mit den Ergebnissen der Konferenz des nationalen Dialogs sowie der Initiative des Golf-Kooperationsrates und dem darin vorgesehenen Umsetzungsmechanismus die zügige Umsetzung aller Teile des Abkommens zu gewährleisten. Die EU nimmt besorgt zur Kenntnis, dass die schleppende Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz des nationalen Dialogs Jemen in seiner Fähigkeit zur Bewältigung seiner dringenden sicherheitsrelevanten, wirtschaftlichen und humanitären Herausforderungen erheblich einschränkt.
3. Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang. Daher verurteilt die EU nachdrücklich die jüngsten Gewaltausbrüche in Sanaa, Saada, Al-Dschauf, Amran, Mareb und Hadramaut. Die Urheber bewaffneter Auseinandersetzungen müssen ihre Waffen niederlegen und nach Recht und Gesetz sowie unter Achtung der Staatsgewalt handeln. Die EU bekräftigt auch ihre feste Entschlossenheit, Jemen bei der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen.
4. Die EU fordert den Konstitutionellen Redaktionsausschuss auf, rasch einen Verfassungsentwurf vorzulegen, der die Einheit, Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Jemens wahrt. Die Vorbereitungen für das Verfassungsreferendum sowie für transparente und glaubwürdige Wahlen, wozu auch ein transparenter Prozess der Wählerregistrierung gehört, müssen dringend vorangetrieben werden.

5. Die EU ist nach wie vor besorgt angesichts der Sabotageakte und erinnert daran, dass die Resolution 2140 des VN-Sicherheitsrates unter anderem gezielte Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen vorsieht, die an Handlungen beteiligt sind oder Handlungen unterstützen, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität in Jemen bedrohen. Damit wird ein deutliches Zeichen für all diejenigen gesetzt, die die staatlichen Institutionen und den Übergangsprozess zu untergraben suchen.
6. Die EU beglückwünscht Jemen zum Abschluss eines ehrgeizigen Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds und appelliert an die Regierung, die erforderlichen Wirtschaftsreformen weiter voranzutreiben, so auch durch Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zur Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung. Es bedarf dringend entschlossenerer Maßnahmen, um die Auswirkungen dieser Reformen auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen abzumildern.
7. Die EU ist nach wie vor tief besorgt darüber, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung Jemens von der humanitären Krise betroffen ist. Sie ruft alle Parteien in Jemen dringend zur Zusammenarbeit auf, um die Zivilbevölkerung zu schützen und sicherzustellen, dass humanitäre Organisationen sofort ungehinderten Zugang erhalten. Das Ausmaß der humanitären Krise erfordert kurzfristige Soforthilfe; auf längere Sicht ist diese Krise nur zu bewältigen, wenn sie durch Wirtschaftsreformen in ihren strukturellen Ursachen bekämpft wird. Die EU ruft alle Geber dringend auf, zur Deckung der humanitären Bedürfnisse beizutragen.
